

Missverstandene Gedenkstätten von Dietfrid Krause-Vilmar

Von Zeit zu Zeit sehen sich einige deutsche Historiker berufen, zur Lage und zur Zukunft, zur Bedeutung und zu den Aufgaben der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus öffentlich in überregionalen Tageszeitungen und auf Konferenzen Stellung zu nehmen. Dabei nehmen sie keineswegs nur zu historischen oder historiographischen Themen der Gedenkstätten oder der historischen Orte selbst Stellung, sondern auch zu bildungstheoretischen und bildungspraktischen Fragen, insbesondere zu Fragen der Museumspädagogik. Ich will nicht einem engen Fachverständnis das Wort reden. Fachübergreifendes Denken, insbesondere beim schwierigen Thema des Umgangs mit der NS-Zeit, ist hilfreich, wenn nicht nachgerade notwendig (Canetti hat deutlich hierauf aufmerksam gemacht). Der selbstsichere Duktus jedoch und die Behauptungsfreudigkeit in fachfremden, eben pädagogischen Fragen ist überraschend und teilweise befremdend.

Es ist daher angezeigt, die ausführliche Stellungnahme von Ulrich Herbert, die von derjenigen Götz Alyz flankiert wird, kritisch zu prüfen.. Beide beziehen sich auf die Diskussion der vier großen Berliner Gedenkorte (Topographie des Terrors, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Haus der Wannseekonferenz, Denkmal zur Vernichtung der europäischen Juden).

Unter der bezeichnenden Überschrift „Gut gemeint genügt nicht“ (FAZ Nr. 53 vom 4.3.2005) hat sich der Freiburger Historiker Ulrich Herbert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (anlässlich der Diskussion der Zukunft der Berliner Gedenkstätten, auf die ich hier nicht näher eingehen werde) dahin verstiegen, den lokalen und regionalen Gedenkorten einen beschränkten Horizont, mangelnde Professionalität und verkürzte Perspektiven vorzuwerfen. Dies Verdikt Herberts betrifft, wie er richtig feststellt, „Hunderte solcher Gedenkorte in Deutschland, vielleicht sogar mehr als tausend“. Herbert hebt zwar die Verdienste dieser Gedenkorte in den 80er Jahren hervor. So notiert er zutreffend, dass in der Gründerzeit dieser Gedenkstätten der lokale Bezug produktiv war. „Das war auch unabdingbar, denn auf diese Weise wurde der bis in die siebziger Jahre vielfach vorherrschende anonymisierende und unkonkrete Umgang mit der NS-Zeit konterkariert“. Inzwischen habe jedoch das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiter – auch noch: „unvermeidlicherweise“ – nachgelassen; längst habe „die Patina des Bürger-Engagements zu verblassen begonnen“ [bis Patina erst einmal angesetzt hat und dann zu verblassen beginnt – da kann es sich wohl nur um Jahrhunderte handeln?], „halbprofessionelle Strukturen“ seien entstanden; man habe erkannt, „wie gut gemeint, aber doch wie amateurhaft vieles war.“ Diese Behauptung, die weder Namen noch Untersuchungen nennt und sich auf nichts anderes als auf eine spekulative Überlegung, wie es gewesen sein könnte, stützt, ist pauschal und nicht zutreffend. Zum einen hat das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeit keineswegs flächendeckend nachgelassen. Und was heißt hier „halbprofessionell“? Der Kern der Tätigkeit dieser Gedenkstätten bestand und besteht in der Bildungsarbeit, die verschiedene Seiten hat. In der Regel gehört eine Ausstellung dazu, Film- und Videomaterial von Zeitzeugengesprächen, die Einladung von Zeitzeugen selbst, die Vorbereitung von Studienmaterialien, mit denen Gruppen arbeiten können, die Führungen durch die Ausstellung und den historischen Ort, vor allem: das Gespräch mit den Besuchern, die Anregung zur Diskussion. Und dies wurde und wird nach meiner Kenntnis ganz überwiegend „professionell“ durchgeführt – d.h. gestützt auf neueste zeitgeschichtliche Forschungen und qualifizierte pädagogische Reflexion. Die meisten dieser Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen sind für Kritik und Anregung aufgeschlossen, fordern nachgerade diese heraus und verstehen sich als Lernende im Sinne einer permanenten „Curriculumrevision“. Gerade dieses Selbstverständnis schließt Kritik nicht aus, sondern ein. Es bleibt mir unklar, welchen Begriff von Profession Herbert hier anlegt (Historiker? Wissenschaftler?), der ihn zu diesem pauschal scharfem Urteil führte – derjenige des „Bildungsarbeiters“ kann es jedoch nicht gewesen sein.

Die meisten Ausstellungen, so Herbert weiter, „sind zu Teilen oder überwiegend wissenschaftlich oder museumsdidaktisch nicht mehr auf dem neuesten Stand“. Was genau ist hier gemeint? „Wer einmal die dort [gemeint ist: in Berlin] gezeigten Ausstellungen mit dem vergleicht, was jetzt in Paris, London, Budapest, Jerusalem oder gar in Washington zu diesen Themen zu sehen ist, wird dem kaum widersprechen können“. Aus mehreren Gründen erscheint mir ein solcher Vergleich, z.B. mit dem Holocaust Memorial in Washington D.C., unzulässig: Einmal der ungleichen finanziellen Gegebenheiten wegen, zweitens der grundlegend anderen historischen Voraussetzungen und politischen Bedeutung wegen und drittens ist die hier zugrunde gelegte Kategorie „Weltniveau“ dem Gegenstand unangemessen.

Im übrigen ist es ständige Aufgabe und Praxis der Gedenkstätten, die Ausstellung jeweils den neuesten Forschungsergebnissen und gültigen ästhetischen Standards anzugleichen.

Es fehle den Gedenkstätten, so Herbert weiter, „eine integrierende Perspektive, welche den Zusammenhang zwischen dem örtlichen Geschehen und der Politik des Regimes insgesamt und zwischen den verschiedenen Ebenen und Richtungen der nationalsozialistischen Verfolgung aufweist“. Eine solche Perspektive, so Herbert pauschal, „besaßen diese Initiativen naturgemäß nicht“. Auch diese Behauptung hält einer näheren Prüfung nicht stand. Gewiss gab und gibt es lokale Initiativen, die diese Perspektive nicht eröffnen. Der Regelfall ist jedoch ein anderer und ließe sich leicht an zahlreichen Beispielen (z.B. im Hessischen an der Bildungsarbeit der Gedenkstätten Hadamar, Breitenau, Stadtallendorf, Trutzhain und der Erinnerungsinitiativen Aktives Museum Wiesbaden, Arbeitskreis Rückblende gegen das Vergessen Volkmarzen, Arbeitskreis Stadtgeschichte Hanau) belegen: Erst durch die Kenntnis biographischer Geschichte und lokaler Authentizität öffnet sich ein neues Verständnis für die übergreifenden Perspektiven des nationalsozialistischen Unrechtsstaates. Die *Öffnung* hin zu solchen Perspektiven (sei es im Gespräch, durch ein Dokument oder durch Aktenstudium) ist keiner Gedenkstätte, die ich kenne, fremd. Alle hier (nicht vollständig aufgeführten Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen im Hessischen; ähnliches ließe sich für andere Bundesländer zeigen) haben im übrigen en passant beachtliche wissenschaftliche Forschungsergebnisse und Dokumentationen vorgelegt, in denen diese Perspektiven aufgenommen sind.

Es handelt sich bei U. Herbert um ein grundlegendes Missverständnis der Aufgaben der Gedenkstätten, das darin besteht, ihnen die Darstellung jener integrierenden Perspektive übergreifender historischer Zusammenhänge systematisch zuzumuten. Dies ist offensichtlich auch die Auffassung N. Freis, der in den Gedenkstätten eine „Gesamtinterpretation“ des NS „auf der Höhe des heutigen Kenntnisstandes“ verlangt (Historiker fordern Gesamtdarstellung des NS-Regimes. In: FAZ Nr. 51 vom 2.3.2005). In den Gedenkstätten geht es jedoch nicht um eine aufgeschlagene zeitgeschichtliche Monographie, sondern um Zugänge, Annäherungen, erste Schritte zum historischen Verständnis und zur Vergegenwärtigung der Probleme des Nationalsozialismus. Gedenkstätten sind nicht mit historischen Fachinstituten zu verwechseln. Sie sind vielmehr Bildungsorte, die zum historischen Denken und Wahrnehmen, zum selbstreflexivem Umgang mit der deutschen Geschichte *hinführen* möchten.

Schließlich behauptet Herbert, die „außerdeutschen“, d.h. außerhalb des damaligen deutschen Reichsgebietes umgebrachten Opfer, mithin u.a. die europäischen Juden, die sowjetische Zivilbevölkerung und die sowjetischen Kriegsgefangenen, seien aufgrund der „durch die regionale Begrenzung determinierte[n] Auswahl“ nicht Gegenstand der Thematisierung. Herbert versteigt sich zu dem Satz, eine „Ausblendung“ liege vor, die „nicht hinnehmbar“ sei. Seine Aussage geht an der Wirklichkeit der Gedenkstätten und Erinnerungsorte vollständig vorbei. Nehmen wir wieder das hessische Beispiel: die genannten vier Gedenkstätten und die Erinnerungsorte (und nicht nur diese) thematisieren das Schicksal russischer, ukrainischer, polnischer, italienischer, französischer, niederländischer und weiterer außerdeutscher Verfolgtengruppen und deren Geschichte bis weit in die fremdsprachliche wissenschaftliche Literatur jener Länder, persönlicher Begegnungen mit ehemals Verfolgten und Korrespondenzen. Dies ergab und ergibt sich allein schon aus der Tatsache, dass aus mehr als zwanzig Nationen

Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Deutschland arbeiten mussten. In den Außenkommandos der Konzentrationslager arbeiteten auch auf deutschem Boden z.B. ungarische Juden, polnische, tschechische und russische KZ-Gefangene. Die Zusammenarbeit der Gedenkstätten mit den ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen aus den vielen vom Hitler-Staat besetzten Ländern ist in der Regel ausgezeichnet und öffnet den Blick auf die Geschichte der Verfolgung in deren Staaten selbst. Eine kleine Erinnerungsinitiative in Südhessen, die die Deportation der dortigen Juden thematisiert, führte bis nach Riga und den dort verübten Massenmorden an den europäischen Juden.

Zur Polemik von G. Aly („Gut dotierte Verwehrlosung. Das Elend der Berliner Gedenkstätten“. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 49 vom 1.3.2005) ist insofern wenig zu sagen, als sie einige bedenkenswerte Kritikpunkte in eine pauschale und gehässige Beschimpfung der drei großen Berliner Gedenkstätten einbettet. Ganz ähnlich wie U. Herbert sieht er die Gedenkstätten im großen Weltmaßstab: „Auswärtigen“ Gästen sei der aktuelle Zustand der Berliner Gedenkstätten „peinlich“. Und ähnlich wie Herbert behauptet er, die Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand betone „im Übermaß die (,bluts'-)deutschen Opfer der Naziverfolgung“. Einmal abgesehen von dem absurden Vorhalt, dass in einer Gedenkstätte, die ausdrücklich dem deutschen Widerstand gewidmet ist, dieser „im Übermaß“ thematisiert werde, befremdet in diesem Zusammenhang der Begriff „bluts“-deutsch, den Aly erklären muss, um ihn vor dem Missverständnis zu schützen, dass er der Ausstellung in der Stauffenbergstraße – abenteuerlich genug – einen rassistischen Grundzug unterlege. Im übrigen hat Christine Fischer-Defoy zu Alys Schimpfkanonade überzeugend zurückgewiesen (Die Orte sprechen für sich. Gedenkstättenbesucher denken auch ohne Gesamtaussage nach. In: FAZ Nr. 60 vom 12.3.2005).

Abschließend erlaube ich mir, die Grundaufgaben der Gedenkstätten zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat in meiner Sicht knapp zu umreißen: Soweit sie „von unten“ entstandene lebendige Initiativen, Ergebnisse einer Bürgerinitiative sind, die der Thematisierung und Dokumentation dienen, sollen sie wie Kleinode geachtet und erhalten werden (Authentizität, Glaubwürdigkeit, Bildung als sozialer Prozess). Historikern ohne nähere Kenntnis dieser Orte und ohne eigene Praxis in diesen empfehle ich mehr Zurückhaltung, wenn ich ihre Kompetenz weiter achten soll. Gedenkstätten sind Orte der Begegnung mit überlebenden Opfern oder den Angehörigen ermordeter Opfer. In diesen persönlich oder auch schriftlichen Begegnungen wird von den Gedenkstättenmitarbeitern Trauerarbeit geleistet. Diese persönlichen und vertraulichen Gespräche sind lebendige Geschichte. Die meisten Historiker kennen die Geschichte nur vom Papier, allenfalls von zielgerichteten flüchtigen Interviews. Gedenkstätten müssen in der Region verankert sein. Die dort lebenden Menschen müssen sich mit ihr identifizieren können. Die Geschehnisse vor Ort ermöglichen es den Menschen, die NS-Gewaltherrschaft als Teil ihrer nationalen Identität anzunehmen. Eine Gedenkstätte, die zu einem visualisierten Kompendium der NS-Geschichte erstarrt ist, vermag dies nicht zu leisten. Durch die von Herbert usw. geforderte "Akademisierung" wird Distanz zu den Menschen bewirkt und damit der Schlussstrichmentalität Vorschub geleistet.

Gedenkstätten sind nicht zu vereinnahmende, nicht glatt zu bürtende Silberstücke nationaler Geschichtskultur, die im Hochglanz von fachwissenschaftlicher Professionalität im Weltmaßstab erste Ränge einnehmen, sondern widersprechende, schwierige Orte, die schmerzen und weh tun, Orte des Protestes, der Empathie und der Meditation. Ausgrenzung und Menschenverachtung sind dort Thema. Gefragt wird, wie damit heute und morgen umzugehen ist, Diese Gedenkstätten dürfen weder mit klassischen Museen noch mit wissenschaftlichen Instituten verwechselt werden. Sie bilden auch nicht eine aufgeschlagene historische Fachmonographie ab. Gedenkstätten haben die Aufgaben der Hinführung, der Anregung, der Meditation und Reflexion zu dem schwierigen Thema Nationalsozialismus. An diesen Orten muss immer Raum für neue Versuche, für Infragestellung, für Gespräche sein. Das Verhältnis der Gedenkstätten zum Staat und dasjenige des Staates zu den Gedenkstätten kann nur eines der gegen-

seitigen Achtung sein – mit großen Freiheit- und Gestaltungsräumen. Was Herbert neu zu schaffen sucht, eine „öffentliche Präsentation deutscher Geschichte 1933-1945“, wird im Historischen Museum ab dem nächsten Jahr zu sehen sein. Längst aber existiert etwas anderes, das mehr als eine bloße „Präsentation“ ist, in Berlin und an vielen Orten der Republik: eine Thematisierung und tätige Auseinandersetzung bzw. Bearbeitung, nicht zuletzt auch vieler junger Menschen, mit den Hypothesen und Hinterlassenschaften der deutschen Geschichte. Diese wertvolle Bildungspraxis gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln.